



348 20.11.2017

[BVG-Aktuell](#) / [Termine](#) / [Links](#) / [Themen](#)



KOMMENTAR

Red Knight

“Mit einer aggressiven Kampagne haben vor allem FDP und Gewerbeverband den Rentenkompromiss zu Fall gebracht. Kurz nach der Abstimmung hatten die vermeintlichen Sieger behauptet, die Zeit des Sozialstaates wäre vorbei, das Volk hätte der neoliberalen Abbauagenda einen Persilschein ausgestellt. Jetzt zeigt die Voto-Abstimmungsbefragung: Nichts könnte falscher sein.”

So macht Cédric Wermuth sich und den seinen auf der SP-Website Mut nach der Abstimmungsniederlage zur AV2020. Allerdings scheint er gezwungen, dafür allerhand Unfug in die Welt zu setzen. Auch nur einen bürgerlichen Politiker zu nennen, der je behauptet hätte, die “Zeit des Sozialstaates wäre vorbei” dürfte erhebliche Mühe bereiten. Die “Abbauagenda” ist desgleichen eine Erfindung aus dem Fabelreich der Drachen und Hexen, mit der Wermuth seinen offenbar nicht eben anspruchsvollen Anhängern Angst vor den bösen Neoliberalen einjagen möchte.

Mit anderen Worten, Wermuth erfindet freihändig irgendwelche Positionen, die er routiniert im Empörungsmodus in die Welt setzt, um sich resp. die SP als Retter des Guten und Wahren zu profilieren. Fake News heisst das neuerdings. Und es spielt auf dem Niveau von Bersets Warnung vor dem Ende der AHV.

Der Tonfall fällt deshalb auf, weil die "Sieger" der Abstimmung sich merkliche Zurückhaltung bei der Beurteilung des Resultats wie auch bei ihren Vorstellungen für die Neuauflage auferlegt haben. Dagegen hat Paul Rechsteiner ihnen "perfides Verhalten" vorgeworfen, weil die die Benachteiligung der Jungen

thematisiert hatten. Das sind nicht die besten Voraussetzungen für die Suche nach einer einigermaßen ausgewogenen Lösung.

Zur Auswertung der Motiv-Analysen wäre anzufügen, dass man je nach Gusto jene von Sotomo oder von Voto heranziehen kann, um sich bestätigt zu fühlen. Laut Voto waren vor allem die SVP-Wähler für das Nein verantwortlich. Das ist bemerkenswert, nachdem die SVP sich im Abstimmungskampf deutlich zurückgehalten hat und im Vorfeld der Abstimmung vielfach die Meinung zu hören war, gerade die Anhänger der SVP könnten vom "70 Franken-Zückerchen" besonders angetan sein.

Wenn aber Wermuth oder wer auch immer meint, dass die Neuauflage der Rentenreform wie gehabt durchzuführen sei, bloss mit etwas Mehr vom Gleichen und damit auch noch Erfolg haben will, so ist das Wunschdenken und/oder eine krasse Fehleinschätzung der Lage. Oder in Wermuths Worten: Nichts könnte falscher sein.

Peter Wirth, [E-Mail](#)

Einführung in die berufliche Vorsorge

28.2., 7.3., 14.3., 21.3., 28.3.2018
Modulkurs, 5 Tage
Hotel Continental-Park, Luzern

Referenten

 Peter Lang	 Max Ledergerber	 Beatrice Eichenberger Schöpfer
---	---	--

SCHWEIZER PERSONAL VORSORGE
PREVOYANCE PROFESSIONNELLE SUISSE

VPS Verlag
Personalvorsorge
und Sozial-
versicherung AG

AKTUELL

Eckwerte für die BV 2018

13. November 2017

Der Pensionskassenverband ASIP hat in den Fachmitteilungen 109 die Eckwerte für die Berufliche Vorsorge 2018 zusammengestellt.

 [ASIP Eckwerte](#)

MEDIEN

Basar um Publica-Zuschüsse

18. November 2017

Hansueli Schöchli befasst sich in der NZZ mit den Zusatzmitteln, die der Bund zum Ausgleich der geplanten Umwandlungssatz-Senkung bei der Publica einschiessen will. Schöchli schreibt:

Die vorgesehenen **Finanzierungsquellen** der geplanten Abfederung sind vor allem erhöhte Lohnbeiträge des Arbeitgebers Bund (40 Millionen Franken pro Jahr), die Auflösung von Rückstellungen (einmalig 206 Millionen) und ein Sonderbeitrag des Bundes in drei Tranchen für 2017 bis 2019 von total 160 Millionen Franken.

Umstritten ist vor allem dieser **Sonderbeitrag**. Die Finanzkommission des Nationalrats hat diese Woche die ersten zwei Tranchen des Betrags (total 124 Millionen Franken für den Budgetnachtrag 2017 bzw. den Voranschlag 2018) knapp abgelehnt, während die Schwesterkommission des Ständerats den Kurs des Bundesrats unterstützte. Was die Publica ohne den geplanten Zusatzbeitrag machen würde, ist laut Beteiligten offen. Der technische Deckungsgrad der Publica liegt derzeit bei 105 bis 106 Prozent, die geplante Revision würde den Deckungsgrad um 3 bis 5 Prozentpunkte reduzieren.

[Weiterlesen »](#)

Noch mehr Steuermittel für die Publica?

15. November 2017

Die Publica muss den Umwandlungssatz senken. Die eigenen Mittel reichen nicht für einen Ausgleich der Renten. Deshalb soll jetzt ein weiteres Mal der Bund mit Steuermitteln einspringen. Der Bundesrat schlägt eine doppelte Finanzspritze an das Personal vor: Einmalig will er 160 Millionen Franken einschiessen und ab 2019 dauerhaft jährlich wiederkehrend je 40 Millionen. Damit erhöht der Bund die Pensionskassenbeiträge der über 45-Jährigen, und zwar einseitig auf Kosten des Bundes. Die Wortführer von SVP und FDP lehnen diese Vorschläge in den laufenden Beratungen in der Finanzkommission ab. Ihnen schliesst sich Werner C. Hug an. In der Bernerzeitung heisst es dazu:

Hug unterscheidet klar: Eine grosszügige Abfederung für die ältesten Angestellten sei absolut notwendig. Die Finanzspritzen für die Jüngeren hingegen lehnt er ab. «Hier werden Versicherte vergoldet, die im Vergleich zu anderen ohnehin feudale Renten erhalten werden. Das ist unnötig und ungerecht, der grösste Teil der Privatwirtschaft könnte sich das niemals leisten.»

Diese Ungleichbehandlung erfüllt **Werner C. Hug** mit Sorge: «Die anhaltenden Finanzierungsprobleme der Pensionskassen verschärfen die Zweiklassengesellschaft in der beruflichen Vorsorge.» Nur die Kassen einiger finanzstarker Branchen und der öffentlichen Hand könnten es sich leisten, die notwendigen Einschnitte so grosszügig aufzufangen. Damit vergrössere sich der Abstand zu den vielen Pensionskassen, deren Arbeitgeber weniger freigiebig sein könnten oder wollten. «Das schadet dem ganzen System.» Hug fordert, - gerade die Publica als grösste Pensionskasse solle sich «marktkonform»

verhalten und die Probleme aus eigener Kraft lösen, ohne zusätzliches Geld vom Bund.

[Weiterlesen »](#)

Switzerland after the Referendum

13. November 2017



IPE hat in ihrer aktuellen Ausgabe von November 2017 einen Schwerpunkt auf Aktualitäten aus der Schweiz gelegt. Barbara Ottawa schreibt "Goodbye AV2020" und zitiert eine Reihe prominenter Vertreter der Schweizer Vorsorgeszene. Susanne Rust nimmt die katastrophale Verfassung der Genfer Kasse mit ihrem Sanierungspaket von 4,7 Mrd. Franken intensiv unter die Lupe. Von Ottawa wiederum stammt der Beitrag "On Pause" zum Thema "Standardisierung" für einen besseren

Vergleich der Finanzierungssituation resp. der Risikofähigkeit von Vorsorgeeinrichtungen. PPCmetrics hat dazu eine Studie verfasst, weitere Schritte hat der Bundesrat im Rahmen des Postulats Vitali aber abgelehnt. Eine ähnlich vertiefte Behandlung der Frage findet man in den Schweizer Medien vergeblich. Weitere Beiträge sind dem Thema Rendite und steigende Anlagerisiken gewidmet. Dazu gibt es ausführliches Zahlenmaterial zu den Asset Managers.

 [IPE / Studie PPC](#)



AV2020

AV2020: Stimmverhalten nach Partei, Geschlecht und Alter

10. November 2017

Nach der Sotomo Motivanalyse ist jetzt auch die Voto-Analyse des Abstimmungsergebnisses zur AV2020 publiziert worden.

Grosse Zustimmung fand die Vorlage bei SP, Grünen und GLP, geringere Zustimmung ist bei den CVP-Wählern festzustellen, jene von FDP waren deutlich, jene der SVP massiv gegen die AV2020. Die Autoren der Studie stellen fest:

“Die Rentenreform 2020 scheiterte primär an der wuchtigen Ablehnung der SVP-Wähler (84 Prozent Nein). Ein derart geschlossenes Stimmverhalten der SVP-Anhängerschaft sei sonst nur aus Abstimmungen zu migrations- oder europapolitischen Themen bekannt, schreiben die Verfasser der Voto-Studie, welche das Stimmverhalten der Bevölkerung analysiert.” Weiter heisst es:

Wer den Grund für das Scheitern in der Geschlechterfrage sucht, der wird enttäuscht. Soziale Merkmale spielten für den Entscheid nur eine sekundäre Rolle: Männer lehnten die Vorlage zu etwa gleichen Anteilen ab wie Frauen. Aber auch von einem Generationenkonflikt kann keine Rede sein: Die Unterschiede im Stimmverhalten zwischen den Altersgruppen sind gering.

Die tiefste Zustimmung zur Reform findet sich bei den Seniorinnen und Senioren. So belief sich der Nein-Stimmenanteil bei der Altersgruppe 60 bis 69 Jahre auf 58 Prozent. Damit zeigt die Voto-Studie: Das Ergebnis zur Rentenreform wurde weder von den Frauen noch von den Jungen massgeblich beeinflusst.

Klar ist: Die Rentenreform scheiterte an einer Vielzahl von Ablehnungsgründen. Am häufigsten wurde der Rentenzuschlag von 70 Franken genannt. Das geht aus der Voto-Studie hervor. Der zweithäufigste Grund war die Rentenerhöhung der Frauen und weiter der Umfang des Gesamtpakets. Der prüfende Blick auf die Umfrageresultate offenbart: Keines dieser einzelnen Motive alleine hätte die Rentenreform zu Fall bringen können. Aber in der Summe ergaben sie eine ablehnende Mehrheit.

Die Voto-Studien sind ein gemeinsames Projekt des Forschungszentrums (FORS) in Lausanne, des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und des Befragungsinstituts Link in Luzern. Finanziert wird Voto von der Schweizerischen Bundeskanzlei. Voto wird seit Herbst 2006 anstelle der Vox-Analysen vom Bund in Auftrag gegeben.

 [Voto-Analyse](#) / [Sotomo-Analyse](#) / [NZZ](#)



Christoph Ryter und die Migros-PK

19. November 2017



Die NZZ am Sonntag hat **Christoph Ryter**, Geschäftsleiter der Migros Pensionskasse und früherer ASIP-Präsident, interviewt. Auszüge:

Wichtig für eine Pensionskasse ist neben der Anlagestrategie die Versicherungsmathematik, insbesondere die Hochrechnung der künftigen Lebenserwartung. Wie gut müssen Sie sich in diesen Fragen auskennen?

Ich komme als ausgebildeter Pensionsversicherungsexperte ursprünglich aus diesem Bereich und habe zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn in der mathematischen Abteilung eines Lebensversicherers gearbeitet. Somit sind mir diese Kalkulationen durchaus vertraut, was sicherlich hilfreich ist. Immer wieder wird den Pensionskassen ja vorgeworfen, sie würden in diesem Bereich zu vorsichtig kalkulieren. Tatsächlich aber steigt die Lebenserwartung nach wie vor deutlich.

Lässt sich aufgrund der neusten Daten nun eine Abflachung beim Anstieg der Lebenserwartung beobachten?

Bis jetzt sehen wir keine Abflachung. auch wenn man dieses Gerücht immer wieder hört. So hiess es etwa, aufgrund der zunehmenden Fettleibigkeit gehe die Lebenserwartung wieder zurück. Tatsächlich war der Anstieg der Lebenserwartung in den letzten Jahren sogar noch ausgeprägter als früher.

[Weiterlesen »](#)

Blick: “Sammelstiftungen kommen ins Trudeln”

13. November 2017

Moritz Kaufmann befasst sich im Blick mit den Folgen des Neins zur AV2020 für die Sammelstiftungen. Dazu heisst es:

Umwandlungssätze von über sechs Prozent sind Standard – obwohl sich die kaum noch eine Kasse leisten kann. Eigentlich hätten die Sammelstiftungen längst Senkungsschritte einleiten sollen. Doch sie haben sich verzockt. «Die Sammelstiftungen haben gepokert: Sie gingen davon aus, dass die Rentenreform angenommen wird», sagt **Stefan Thurnherr** (VZ): «Im Zuge dieser Anpassung hätten sie eine Senkung rechtfertigen können. Jetzt kommen sie unter Druck. Das geben Kassenverantwortliche selber zu.»

Wer glaubt, dass nur eine Minderheit der Arbeitnehmer bei Sammelstiftungen angeschlossen ist, irrt! Immer weniger Firmen wollen eine eigene Pensionskasse betreiben und schliessen sich einer Sammelstiftung an. Laut der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK) kommen **2,4 Millionen Arbeitnehmer** bei Sammelstiftungen unter – das sind 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung!



Immerhin: Die **Gemini-Sammelstiftung** hat angekündigt, den Umwandlungssatz zu senken. Schrittweise auf 5,6 Prozent im Jahr 2022. «Da die Sammelstiftungen dem Wettbewerb ausgesetzt sind, versucht man Senkungen möglichst hinauszuschieben», räumt die Pensionskasse ein. Andere Sammelstiftungen würden aber folgen, ist man bei Gemini überzeugt.

Die Sammelstiftung **Asga**, der 12'000 KMU und über 100'000 Versicherte angeschlossen sind, bietet nach wie vor 6,3 Prozent. Dies könne man sich leisten: «Wir wachsen und haben ein gutes Aktiven-Rentner-Verhältnis», heisst es. Doch auch die Asga sieht ein: «Massnahmen sind notwendig. Ein zu hoher Umwandlungssatz ist ein Systemrisiko.»

[Blick](#)



 **Swisscanto**
Vorsorge AG

Ihre Pensionskassenverwaltung
in besten Händen

[Jetzt informieren](#)

Winterthurer-PK in die BVK?

15. November 2017

Mittels eines Postulats will die Hälfte des 60-köpfigen Gemeinderats prüfen lassen, ob die Pensionskasse der Stadt Winterthur ihre Selbständigkeit verlieren soll. Die Parteien GLP, SVP und FDP und einzelne Vertreter anderer Parteien regen an, die städtische Kasse in die kantonale Pensionskasse BVK einzugliedern. Sie versprechen sich davon Effizienzgewinne, schreibt der Landbote.

Die Diskussion findet auf zwei Ebenen statt: Einerseits geht es um die massive Unterdeckung. Erst im letzten März trat der Stadtrat mit einem grossen Knall an die Öffentlichkeit. Die PK muss erneut saniert werden, dafür wurden 144 Millionen Franken zur Seite gelegt. In einigen Wochen will der Stadtrat die Details der Sanierung präsentieren. Der Gemeinderat wird darüber wohl erst nach den Gesamterneuerungswahlen im März entscheiden.

 [Landbote](#)



Investment Consulting

Risk Analyzer • ALM Studien • Manager Selection & Monitoring •
Investment Controlling

Klicken Sie hier um mehr zu erfahren 

Aon Hewitt

KAPITALANLAGEN

Aufregung um 1 Promill

8. November 2017

Der Bund berichtet über eine Motion im Berner Gemeinderat, mit welcher der Personalvorsorgekasse die Anlage von Geldern in Firmen mit mehr als 5% Rüstungsgütern beim Umsatz untersagt werden sollte. Einem solchen Eingriff steht allerdings Bundesrecht entgegen. Der Bericht im Bund steht unter dem Titel "Pensionskassen dürfen mit Renten in die Waffenproduktion investieren". Im Artikel heisst es:

Der Berner Gemeinderat kann nach eigenen Angaben nicht verbieten, dass Rentengelder für die Produktion von Kriegsmaterial verwendet werden. Das schreibt er in seiner Antwort auf eine Motion von drei Fraktionen und lehnt den Vorstoss deshalb ab.

Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative, die Grüne Freie Liste und die EVP sowie die Links-Fraktion AL/GPB-DA/PdA fordern einen neuen Passus im Reglement der Personalvorsorgekasse (PVK). Diese soll die Finger von Firmen lassen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. (...)

Die PVK hat zehn Millionen Franken in Unternehmen investiert, die Kriegsmaterial herstellen. Darunter sind Firmen wie Hewlett Packard und General Electric, die nur einen geringen Teil ihres

Umsatzes mit Rüstungsgütern erzielen. Die Investition der PVK in Rüstungsgüter-Umsätze betrage insgesamt zwei Millionen Franken verteilt auf 38 Firmen in 15 Fonds. Das entspreche 0,1 Prozent des Gesamtvermögens der PVK.



UBS PK-Performance Oktober 2017

14. November 2017

Renditen

Monatsperformance nach Gebühren

	PK unter 300 Mio.	PK 300 Mio. bis 1 Mrd.	PK über 1 Mrd.	PK alle
Jan 2017	0,22%	0,20%	0,25%	0,23%
Feb 2017	1,89%	1,73%	1,57%	1,75%
Mrz 2017	0,65%	0,62%	0,50%	0,60%
Apr 2017	1,09%	1,00%	0,81%	0,98%
Mai 2017	0,50%	0,47%	0,46%	0,48%
Jun 2017	-0,42%	-0,30%	-0,30%	-0,35%
Jul 2017	1,25%	0,99%	1,00%	1,11%
Aug 2017	-0,02%	0,05%	0,24%	0,08%
Sep 2017	0,70%	0,61%	0,51%	0,62%
Okt 2017	1,45%	1,23%	1,20%	1,32%
Jahr 2017	7,55%	6,79%	6,41%	7,00%

Quelle: UBS

- Die Pensionskassen im UBS-Sample erzielten im Oktober eine durchschnittliche Monatsperformance von 1,32% nach Gebühren.
- Alle Pensionskassen im Sample verbuchten letzten Monat positive Renditen.
- Das beste Oktober-Ergebnis von 2,33% erzielte ein kleines Vorsorgewerk mit weniger als CHF 300 Mio. verwaltetem Vermögen.



PK-Immobilien und Sozialverantwortung

5. November 2017

Die Siedlung an der Zürcherstrasse 12 bis 22 in Baden wird saniert, was happige Mieterhöhungen nach sich zieht. Die Besitzer räumen nun ein, Fehler gemacht zu haben – sagen aber auch: «Es ist nicht unsere Aufgabe, Sozialwohnungen anzubieten.»



CS verliert Depot der PK-SBB

9. November 2017

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Pensionskasse der SBB den Auftrag neu ausgeschrieben. Das Milliardendepot wurde nun zur Bank JP Morgan transferiert, schreibt die Handelszeitung.

Die Pensionskasse der Schweizerischen Bundesbahnen (PK SBB) stehen hinter dem Milliardenabfluss bei der Credit Suisse. Die Bank hatte vergangene Woche bei der Publikation der Quartalszahlen angegeben, 13,3 Milliarden Franken eines Staatsbetriebs an die Konkurrenz verloren zu haben. Dieser hatte die Depotstelle – oder neudeutsch Global Custody – abgezogen.

Die PK SBB hat das Depotmandat neu der Bank JP Morgan übergeben, wie PK-Geschäftsführer Markus Hübscher gegenüber der «Handelszeitung» erklärt. Diese ist nun für die Depotführung und das Gesamtreporting verantwortlich. Der Entscheid für einen Wechsel des Global Custody sei bereits im vergangenen Jahr gefällt worden.

Einen konkreten Grund für die Abkehr von der Credit Suisse mag Pensionskassen-Chef Hübscher nicht nennen. Er betont lediglich: «Wir hatten schon länger keinen Wechsel mehr. Daher haben wir das Mandat neu ausgeschrieben.»

Auf aktive Verwaltungsmandate hat der Wechsel der Depotstelle keinen direkten Einfluss, wie Hübscher betont. Die Credit Suisse habe weiterhin einzelne Mandate. CS-Chef Tidjane Thiam sagte an der Medienkonferenz vom 2. November, dass der Abfluss für die Grossbank verkraftbar sei, weil das Mandat nicht sehr rentabel gewesen sei.

 [Handelszeitung](#)

Pensionskassen investieren jeden vierten Franken in Immobilien

20. November 2017

Die Luzerner Zeitung schreibt: Etwa ein Viertel ihres Anlagevermögens investieren die Pensionskassen in Immobilien. Der Trend hin zu den Liegenschaften nimmt weiter zu. Doch immer mehr Mietwohnungen stehen leer.

«Immobilien bieten eine stabile Rendite, und die Wohnliegenschaften garantieren Cashflow. In Zeiten der Negativzinsen sind diese Vorteile besonders gefragt», erklärt **René Raths**, Leiter Pensionskassen und Berufliche Vorsorge bei der Zürcher Kantonalbank, den Drang der Kassen ins Immobiliengeschäft. Bei etwas weniger als der Hälfte der Liegenschaftsanlagen handelt es sich um Direktinvestitionen zumeist in Mietwohnungen. Bei den übrigen sind es indirekte Anlagen in Immobilienfonds und -gesellschaften. (...)

Ist Verlass auf die Immobilienrenditen? Mehr als 53'000 Mietwohnungen standen Mitte Jahr leer, Tendenz steigend. Trotzdem entstehen jährlich Tausende von

neuen Mietwohnungen, treibende Kräfte hinter der Bautätigkeit sind ausgerechnet die Pensionskassen und Versicherungen. Sie geben im Immobilienmarkt zurzeit den Ton an. «Die Pensionskassen denken in einem Anlagehorizont von 20 Jahren und mehr. Selbst wenn der Immobilienmarkt vorübergehend schwächelt, beschert er den Vorsorgeeinrichtungen immer noch reichlich Geldeinnahmen», sagt Raths. **Jean Wey** von der PKG-Pensionskasse in Luzern räumt ein, es dauere heutzutage länger, Neuwohnungen zu vermieten. «Unser Leerwohnungsbestand ist aber unterdurchschnittlich, weil wir gut diversifiziert sind. Bauland- und Liegenschaftskäufe werden bei uns heute aber viel gezielter nach guten und gefragten Lagen beurteilt.» Für Wey ist indes klar: «Irgendwann kommt die Delle. Das zu erwartende Überangebot wird die Immobilienpreise nach unten korrigieren.»

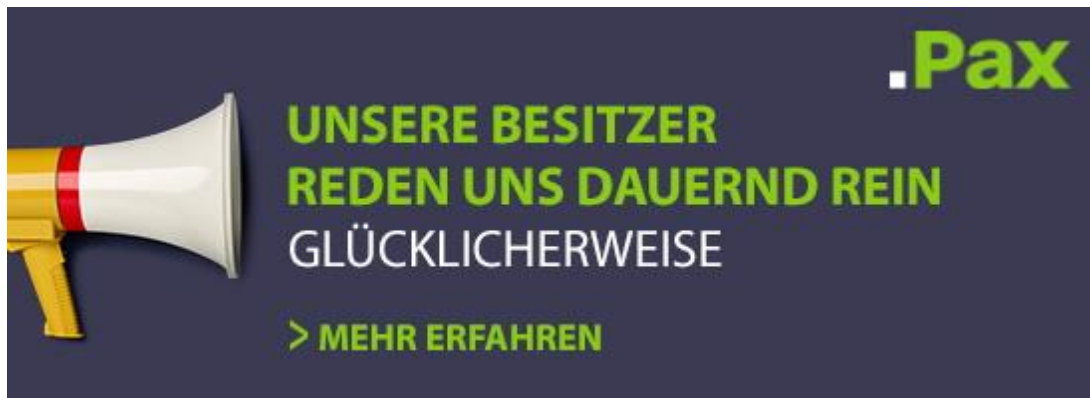
 [Luzerner Zeitung](#)


Caisses de pension: la «révolution d'érable» pour la Suisse

20. November 2017

Les solutions mises en place au Canada – bonne gouvernance, diversité des classes d'actifs et rémunérations des experts alignées sur l'industrie de l'asset management – sont-elles applicables à tous les régimes de prévoyance?

 [LeTemps](#)



 **Pax**

**UNSERE BESITZER
REDEN UNS DAUERND REIN
GLÜCKLICHERWEISE**

> MEHR ERFAHREN

Die erste „Vorsorgebank“

8. November 2017



Die Tellco schreibt in einer Medienmitteilung:

Nach der Übernahme der Zürcher Privatbank Dominick Company AG durch die Tellco Gruppe im Juli 2017 erfolgt mit dem Zusammenschluss der beiden Unternehmen zur Tellco AG nun der nächste Schritt. Dadurch entsteht zugleich die erste Vorsorgebank der Schweiz.

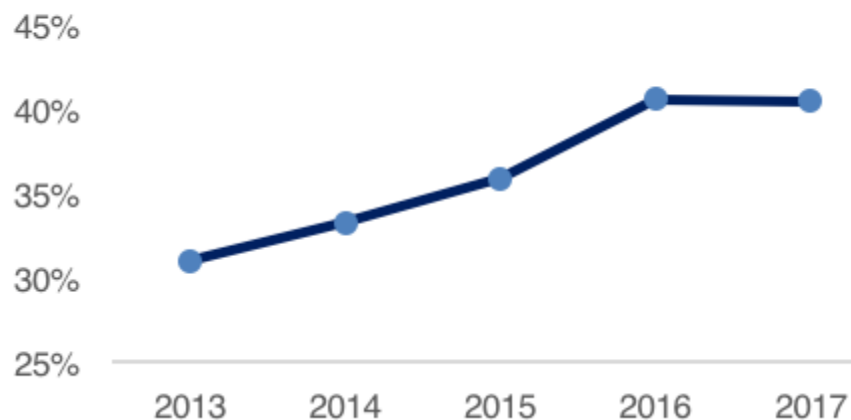
Durch die Bündelung der Kompetenzen bieten die über 140 Mitarbeitenden der Tellco AG vom Hauptsitz in Schwyz und den Zweigniederlassungen in der ganzen Schweiz aus sowohl institutionellen wie auch privaten Kundinnen und Kunden individuell auf sie abgestimmte Lösungen zur Vorsorge- und Finanzplanung. Dank dem Zusammenschluss der beiden Unternehmen kann der ganzheitliche Dienstleistungsansatz von Tellco optimal erfüllt und das Angebot weiter ausgebaut werden. Nach wie vor gelten dabei die Tellco-Grundwerte: Bodenständigkeit trifft auf umfassendes Fachwissen und ein proaktives, transparentes Vorgehen, wobei der langfristige Erfolg der Kundinnen und Kunden im Mittelpunkt steht.

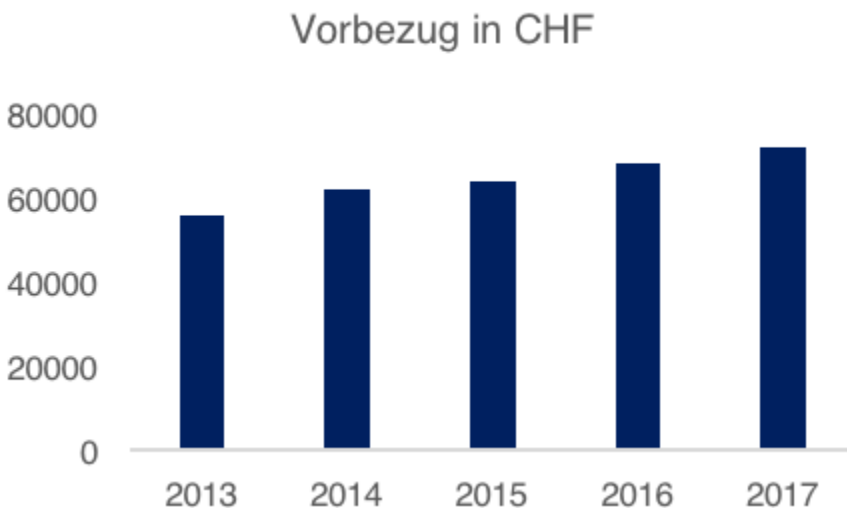


PK-Gelder für den Immobilienkauf: In Zukunft noch attraktiver?

13. November 2017

Vorbezug für Immobilienkauf





Sinkt der Umwandlungssatz in der Pensionskasse, wird ein Vorbezug für den Immobilienkauf noch attraktiver, wie eine Umfrage der GfK im Auftrag von MoneyPark aufzeigt. Schon heute bezieht jeder dritte Immobilienkäufer PK-Gelder. Ohne Vorsorgegelder könnten sich die Schweizer eine Immobilie für rund 790'000 Franken kaufen. Im Schnitt kostet aber bereits eine Eigentumswohnung 840'000 Franken. Rund 80 Prozent der Immobilienfinanzierungen wären ohne den Vorbezug nicht realisierbar, wie MoneyPark auf ihrer Website schreibt.


So erstaunt es nicht, dass jeder dritte Immobilienkäufer mit dem Gedanken spielt, PK-Gelder für den Immobilienkauf vorzubeziehen. Über die Zeit zeigt sich eine leicht zunehmende Tendenz. Sowohl was die Bereitschaft PK-Gelder vorzubeziehen, als auch was die Höhe des Vorbezugs anbelangt. Hatten 2013 die Kunden noch mit einem Vorbezug in Höhe von 56'000 Franken gerechnet, so steigt der gewünschte Vorbezug in diesem Jahr auf 72'000 Franken an.

Werden rein abgeschlossene Finanzierungen mit [PK-Vorbezug](#) betrachtet, so wären 80 Prozent dieser Immobilienfinanzierung ohne die Möglichkeiten eines Vorbezugs nicht realisierbar gewesen. Auch hier zeigt sich über die Zeitachse hinweg ein leicht ansteigender Trend, was darauf schliessen lässt, dass der Vorbezug eher wichtiger wird für die Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum.

 [MoneyPark](#) / [Blick](#)

Auswandern und Pensionskasse: So spart man Steuern

20. November 2017

Beim Bezug des Pensionskassenkapitals wird eine Steuer fällig: Bei Wohnsitz in der Schweiz die Kapitalauszahlungssteuer; bei Wohnsitz im Ausland die Quellensteuer. Letztere können Auslandschweizer unter Umständen zurückfordern. Eben nur unter Umständen.  [swissinfo](#)

Grosse Hoffnung für freie PK-Wahl

8. November 2017



pw. Das Thema freie PK-Wahl kommt und geht. Jérôme Cossandey (Avenir Suisse) greift es gegen den Trend jetzt wieder auf. In einem Interview mit Cash erklärt er die Vorteile aus seiner Sicht. Dass die Trennung von Firma und Kasse wahrscheinlich zu einem Leistungsabbau auf breiter Front führen könnte, sieht er nicht. Auch nicht, dass die neuen Kassen, welche ihre Destinatäre auf dem freien Markt akquirieren müssten, mindestens so strengen Sicherheitsanforderungen genügen müssten wie heute die Assekuranz in der Kollektivversicherung. Denn pleite dürfte eine solche Kasse unter keinen Umständen gehen. Vorteile liessen sich m.E. nur erkennen für Versicherte, deren Vorsorge jetzt im Rahmen einer Vollversicherung stattfindet. Dass von Arbeitnehmerseite schon längerem keine Forderung nach der freien PK-Wahl mehr erhoben wird, spricht Bände. Auszüge aus dem Interview.

In einem Beitrag für Avenir Suisse fordern Sie nun unter anderem die Einführung einer freien Pensionskassenwahl für die Versicherten. Welche Idee steckt dahinter?

Wir leben in einer Gesellschaft, die immer stärker durch individualisierte Lebensläufe charakterisiert wird. Die Leute wechseln viel öfter als früher ihre Jobs, aber auch die Arbeitgeber sind viel mobiler geworden. Das zeigt sich in der zunehmenden Zahl an Firmengründungen, Konkursen und Fusionen. Man arbeitet vielleicht auch nicht mehr 100 Prozent, sondern ist bei mehreren Arbeitgebern angestellt oder gar teilweise selbstständig.

Und deshalb soll man seine Pensionskasse selbst wählen können?

Die Vorstellung, dass nur mein Arbeitgeber zu meiner Altersvorsorge schaut, ist nicht mehr zeitgemäss. Nach unserem Vorschlag sammelt man bei mehreren Arbeitgebern seine Beiträge für die berufliche Vorsorge und transferiert sie zur eigenen Pensionskasse. Hinzu kommt: Befindet sich die PK in Unterdeckung (wenn nicht alle Verpflichtungen durch das Vorsorgevermögen gedeckt sind, Anm. d. Red.) und wird ein Teil der Firma geschlossen, verliert man den Job und man muss Verluste in der PK realisieren. Mit der freien PK-Wahl könnte man immerhin das Kapital noch bei der alten Kasse behalten und die Sanierung abwarten.

Rentenreformen haben es schwer an der Abstimmungsurne. Wie schätzen Sie die Chancen für Ihren Vorschlag ein?

Die letzte Vorsorge-Abstimmung hat gezeigt, dass die Politik grosse Mühe hat, eine Antwort auf das Problem der finanziellen Nachhaltigkeit zu geben. Deshalb wird sich die nächste Reform wohl wieder auf den Umwandlungssatz fokussieren. Aber wir leben in Bezug auf die Vorsorge immer noch in den 1970er Jahren. Obwohl die Modernisierung der Gesellschaft im aktuellen Vorsorgesystem zu wenig berücksichtigt wird, wird die freie PK-Wahl in der nächsten Legislatur kaum ein Thema sein. Da bleibe ich realistisch.

[Cash](#)

Doris Bianchi wechselt zu Berset

9. November 2017

Der Gewerkschaftsbund schreibt auf seiner Website:



Die Spezialistin für Sozialversicherungen **Doris Bianchi** wird persönliche Mitarbeiterin von Bundesrat Alain Berset. Sie unterstützt den Vorsteher des EDI insbesondere in Fragen der Gesundheitspolitik und der Statistik. Sie verlässt den SGB Ende Januar nach 12 Jahren beim SGB. Die promovierte Juristin war beim SGB vor allem zuständig für Fragen rund um die Sozialversicherungen, seit 2011 als geschäftsführende Sekretärin.



Als neue Zentralsekretärin im Bereich Ökonomie arbeitet seit anfangs November **Isabel Martinez** beim SGB (60 %). Martinez hat Wirtschaftswissenschaften in Bern studiert und 2016 in St. Gallen promoviert. Anschliessend forschte sie für ein Jahr am Institute of Socio-Economic Research LISER in Luxemburg. Neben ihrem Pensum beim SGB wird Isabel Martinez an der Universität St. Gallen weiterhin forschend tätig sein.



Norway's \$1T pension fund wants out of oil stocks

17. November 2017



[Norway](#) used oil revenue to build its national pension fund into a \$1 trillion behemoth. Now, the fund is planning to dump oil and gas stocks.

The fund's managers recommended that oil and gas investments worth roughly \$37 billion be sold in order to protect the country against a permanent drop in energy prices. „This advice is based exclusively on financial arguments and analyses of the government's total oil and gas exposure,“ said fund manager Egil Matsen. Matsen said the decision does not reflect a particular view on energy prices or the sustainability of the sector.

It's a dramatic shift for a fund that still sources much of its capital from oil revenue. Norway is a major oil producer, and it has plowed its energy earnings into the fund in order to fund pensions and other government expenses.

The fund is among the world's biggest investors in stocks, owning \$667 billion worth of shares in over 9,000 companies globally. It owns on average 1.3 percent of all listed companies worldwide. Oil and gas stocks account for around 6 percent of its benchmark index. Its biggest holdings include stakes in Royal Dutch Shell, Exxon Mobil, and BP.



TERMINE

Tagungen, Versammlungen, Konferenzen

NOVEMBER

- 21. November, Luzern
Uni St.Gallen, Institut für Rechtswissenschaft
November-Tagung zum Sozialversicherungsrecht. [Flyer](#)
- 30 novembre, Lausanne
EPAS
Séminaire d'aide à la responsabilité propre. [Website](#)
- 30 novembre, Lausanne
Journées de la prévoyance
Session d'automne 2017

DEZEMBER

- 6. Dezember, Bern
PK-Netz
Die 2. Säule in der Krise. [Infos](#)
- 8 décembre, Yverdon-les-Bains
EPAS
Séminaire d'aide à la responsabilité propre. [Website](#)
- 15. Dezember, Zürich
PPCmetrics
Jahrestagung



Aus- und Weiterbildung

NOVEMBER

- 22. – 24. November, Vitznau
Movendo
Aufbaukurs für SR-Mitglieder, [Movendo](#)
- 23. – 24. November, Unterägeri
Fachschule für Personalvorsorge
Führungsaufgaben für Stiftungsräte, Stufe 2. [Website](#)
- 30. November, Zug
Hochschule Luzern – Wirtschaft, Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ
Seminar Anlagen für Vorsorgeeinrichtungen. [Website](#)

DEZEMBER

- 4. Dezember, Zürich
Hochschule Luzern – Wirtschaft, Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ
Info-Veranstaltung MAS/DAS Pensionskassen Management. [Website](#)

[weitere Termine](#)

Impressum

Herausgeber: Vorsorgeforum - www.vorsorgeforum.ch

Redaktion: Peter Wirth, [E-Mail](#)

Inserate: Wir informieren Sie gerne über unsere Bedingungen.

Abo: Sie können diesen Newsletter unentgeltlich auf unserer [Website](#) abonnieren. Wenn Sie von der Mailing-List gestrichen werden wollen, so klicken Sie bitte auf den Link in der untersten Zeile dieser Seite. Mitteilungen an die Redaktion unter info@vorsorgeforum.ch.

Der Newsletter erscheint i.d.R. alle vierzehn Tage.

Das Vorsorgeforum wurde 1989 gegründet. Ihm gehören als Mitglieder an: private und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen, Organisationen der Sozialpartner, der Schweizerische Pensionskassenverband, Pensionskassen-Experten, der Schweizerische Versicherungsverband, die Bankiervereinigung, Dienstleistungsunternehmen im Bereich berufliche Vorsorge und engagierte Private.